

3. Tagung des 9. Parteitages

9. bis 10. Mai 2025 in Chemnitz

Antragsheft I

Die Linke

Inhaltsverzeichnis

Einladung der Bundesgeschäftsführung	Seite 5
Allgemeines	Seite 7
Einberufungsbeschluss	Seite 9
Organisatorische Hinweise	Seite 11
Geschäftsordnung des Parteitages	Seite 16
Wahlordnung	Seite 21
Anträge	Seite 27
<i>Anträge zu den Regularien des Parteitags</i>	Seite 29
Tagesordnung	Seite 29
Zeitplan	Seite 29
<i>Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung) ...</i>	Seite 31
Leitantrag „Wir sind die Hoffnung“	Seite 31

Impressum/ Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 11. März 2025

Liebe Genoss*innen, verehrte Gäste,

hiermit lade ich herzlich zur 3. Tagung des 9. Parteitages ein, die vom 9. bis 10. Mai 2025 in Chemnitz in der Messe Chemnitz stattfinden wird.

Dieser Parteitag wird sich mit den aktuellen politischen Herausforderungen befassen. Das vorliegende Heft enthält den Leitantrag des Parteivorstandes, in dem Schwerpunktsetzungen und Vorhaben unserer Partei für die kommenden Jahre beschrieben werden. Der Parteitag hat auch die Aufgabe, die Mitglieder der Bundesschiedskommission und der Bundesfinanzrevisionskommission neu zu wählen.

Antragsschluss für die 3. Tagung des 9. Parteitages ist am 27. März 2025. Die Frist für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist der 23. April 2025.

Organisatorische Hinweise, Vorschläge für Tagesordnung und Zeitplan sowie weitere Hinweise zum Parteitag sind im vorliegenden Heft und auf der Webseite des Parteitages www.die-linke.de/parteitag zu finden.

Zum Parteitag freuen wir uns auch wieder über alle Besucher*innen sowie über das Interesse der Vertreter*innen der Medien, von denen wir uns eine faire Berichterstattung wünschen.

Ich wünsche allen Delegierten und Teilnehmer*innen des Parteitages, allen Gästen, allen an der Ausrichtung beteiligten Gewerken und ehrenamtlichen Helfer*innen eine gute Anreise und uns allen einen erfolgreichen Parteitag!

Solidarische Grüße



Janis Ehling
Bundesgeschäftsführer

Allgemeine Informationen

Einberufungsbeschluss und Tagesordnung

3. Tagung des 9. Parteitages (aktualisiert)

Beschluss des Parteivorstandes vom 9. März 2025

Der Parteivorstand beruft mit Beschluss vom 8. Dezember 2024 die 3. Tagung des 9. Parteitages der Partei Die Linke für den 9. bis 10. Mai 2025 (Freitag – Samstag) nach Chemnitz ein. Tagungsort ist die Messe Chemnitz (Am Messeplatz 1, 09116 Chemnitz).

1. Der Parteivorstand schlägt für die 3. Tagung des 9. Parteitages folgende vorläufige **Tagesordnung** vor:

- TOP 1 Konstituierung und Eröffnung der 3. Tagung des 9. Parteitages
- TOP 2 Auswertung der Bundestagswahl
- TOP 3 Beratung und Entscheidung des Leitantrags
- TOP 4 Berichte
- TOP 5 Wahl der Bundesschiedskommission und Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
- TOP 6 Beratung von Anträgen zur Satzung
- TOP 7 Beratung und Entscheidung von sonstigen Anträgen

2. **Das Frauenplenum und das Migrantische Plenum** der 3. Tagung des 9. Parteitages werden für Freitag, 9. Mai 2025, 19 bis 20.30 Uhr, vorgeschlagen. Die Einberufung mit Vorschlag zur Tagesordnung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

3. Gemäß §17(5) Bundessatzung ist der **Antragsschluss** für die 3. Tagung des 9. Parteitages am 27. März 2025.

Antragsschluss laut Geschäftsordnung für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am 23. April 2025.

Die Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten. Die Einreichung von Anträgen und Änderungsanträgen erfolgt digital über die Webseite des Parteitages in OpenSlides. In Ausnahmefällen können Anträge auch an folgende Adresse eingereicht werden:

Die Linke Bundesgeschäftsstelle
Antragskommission des Parteitages
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefax: 030 24009-310
antragskommission@die-linke.de

4. Die **Bewerber*innen** für die Bundesschiedskommission und Bundesfinanzrevisionskommission können **bis zum 23. April 2025** zur Veröffentlichung einen Text (max. 2 000 Zeichen, einschließlich Leerzeichen) und ein Foto über das Formular unter folgendem Link einreichen:

<https://www.die-linke.de/kandidatur-anmelden>

oder eine Worddatei an kandidaturen@die-linke.de schicken. Die Veröffentlichung erfolgt im Internet unter www.die-linke.de/parteitag und in den

Einberufungsbeschluss und Tagesordnung

Delegiertenunterlagen zum Parteitag, die allen Teilnehmer*innen, Gästen und Pressevertreter*innen zur Verfügung gestellt werden.

Während des Parteitages werden Kandidaturen durch einen Aushang im Foyer des Tagungsgebäudes öffentlich gemacht. Entsprechend der Bundessatzung der Partei können Kandidaturen auch später angemeldet werden, in diesem Falle kann eine Veröffentlichung in den Delegiertenunterlagen nicht gewährleistet werden.

Der Beschluss des Parteivorstandes zur Einberufung der 3. Tagung des 9. Parteitages wird den Delegierten und den weiteren Teilnehmenden mit beratender Stimme an die gemeldete E-Mail-Adresse übermittelt. Für die Übermittlung an nachgewählte Delegierte und Ersatzdelegierte ist die jeweilige Landesgeschäftsstelle zuständig.

Organisation des Parteitages

Das **Organisationsbüro** des Parteitages ist wie folgt zu erreichen:

Die Linke Bundesgeschäftsstelle
Bianca Theis
Telefon: 030 24009-225
E-Mail: bianca.theis@die-linke.de

Am 9. und 10. Mai:

Messe Chemnitz
Messeplatz 1, 09116 Chemnitz

Anmeldung

Die Anmeldung und Akkreditierung zum Bundesparteitag der Partei Die Linke erfolgen im Foyer der Messe Chemnitz.

Die Anmeldung ist am Freitag, 9. Mai 2025 ab 12 Uhr geöffnet.

An der Anmeldung werden die Stimmkarten für Delegierte, Sichtausweise, eventuelle Leihgeräte sowie gegebenenfalls weitere Unterlagen ausgegeben.

Bitte seht davon ab, vor 12 Uhr anzureisen. Es ist vorher kein Einlass in die Messe Chemnitz möglich.

Anreise

Es wird die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln empfohlen, da nur in begrenztem Umfang Stellplätze zur Verfügung stehen.

Anreise per Auto

- über die A4
- über die A72
- über die B95

Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln

Mit dem Bus:

- Buslinie 23 oder 43, Haltestelle „Messe“

Mit der Straßenbahn:

- Straßenbahnlinie 1, Haltestelle „Guerikestraße/Messe Chemnitz“.

Zur Fahrplanauskunft der CVAG

Anträge

Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages einzureichen. Die Einreichung von Anträgen und Änderungsanträgen erfolgt digital über die Webseite des Parteitages in OpenSlides.

Antragsschluss für Anträge ist am Donnerstag, 27. März 2025, 24 Uhr.

Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am Mittwoch, 23. April 2025, 24 Uhr.

Laut Geschäftsordnung ist außerdem zu beachten:

*... Ordentliche Anträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend [solid], vom Studierendenverband Die Linke.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die **zum Zeitpunkt der Antragstellung** von mindestens 25 Delegierten die Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.*

Kontakt zur **Antragskommission**:

Die Linke Bundesgeschäftsstelle
Antragskommission des Parteitages
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030 24009-440
Telefax: 030 24 009-310
antragskommission@die-linke.de

Die Antragskommission arbeitet vor Ort in der Halle 1.

Dringlichkeits- und Initiativanträge mit den laut Geschäftsordnung zum Zeitpunkt ihrer Einreichung benötigten 50 Unterschriften von Delegierten (einschließlich Delegiertennummern) können am Arbeitstisch des Tagungspräsidiums vorne neben der Bühne abgegeben werden.

Ausschlussklausel

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Fallen euch solche Personen auf, dann sagt am Infopunkt oder im Organisationsbüro Bescheid. Unsere Security kümmert sich dann darum.

Awareness

Das Awareness-Team ist dazu da, eine vertrauliche und niedrighschwellige Anlaufstelle für alle zu sein, denen eine Form von Ungleichbehandlung oder Unwohlsein auf unserem Parteitag begegnet. Betroffene sollen die Möglichkeit haben, sich während des Parteitags schnell und unkompliziert an das Awareness-Team zu wenden. Das Awareness-Team ist an den Westen mit Awareness-Aufschrift zu erkennen.

Das Awareness-Team hat in erster Linie die Aufgabe Betroffenen zuzuhören. Dabei gilt das Prinzip: „Die Wahrnehmung und Erfahrung der betroffenen Person wird nicht abgesprochen oder diskutiert, sondern gehört und akzeptiert.“ Das Awareness-Team hört zu und berät, wenn gewünscht, über mögliche Handlungsoptionen. Es kann im Konfliktfall auch unterstützend einschreiten. Sprich uns gerne jederzeit an, wenn du dich unwohl fühlst. Hier kommt ihr zum *Awareness Konzept für Veranstaltungen von Die Linke*.

Barrierefreiheit

Die Barrierefreiheit ist im gesamten Tagungsobjekt gewährleistet. Es werden Gebärdensprachdolmetscher*innen eingesetzt. In der Messe Chemnitz gibt es einen ausgeschilderten Nachteilsausgleichsraum. Besondere Anforderungen von Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Assistent*innen sind bitte dem Organisationsbüro im Vorfeld mitzuteilen.

Besucher*innen

Für Besucher*innen stehen im Plenarsaal (Halle 1) ausreichend vom Delegiertenbereich abgetrennte Sitzplätze zur Verfügung. Für Besucher*innen wird es vorab eine Online-Anmeldung auf www.die-linke.de geben.

Flugblätter, Informationen, Zeitungen, Flyer, Handzettel

Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet und vom Großteil der Delegierten auch nicht gewünscht. Einzelfälle und Ausnahmen entscheidet das Organisationsbüro.

Frauen/FLINTA* Plenum

Das Frauenplenum der 3. Tagung des 9. Parteitags in Chemnitz wurde durch den Parteivorstand für Freitag, 9. Mai 2025, 19 Uhr bis 20.30 Uhr einberufen. Die Themen des Plenums ergeben sich aus der Tagesordnung des Parteitages.

Wir treffen uns zusätzlich zum Plenum in Chemnitz auch schon vor dem Parteitag in digital. Die genaue Tagesordnung beider Treffen sowie alle Angaben zum digitalen Treffen werden zeitgerecht per Mail an die Delegierten verschickt.

Fundsachen

Fundsachen bitten wir, am Infopunkt im Foyer der Messe Chemnitz abzugeben. Dort kann auch nach verlorenen Gegenständen gefragt werden.

Garderobe

Die Garderobe befindet sich in der oberen Etage des Foyers der Messe Chemnitz.

Gastronomie

Die Versorgung erfolgt im Foyer und einem abgetrennten Bereich der Halle 1 auf Selbstzahlendenbasis. Die Preise für Speisen und Getränke sind, wie in vielen Messehallen, relativ hoch, daher wird es ein von der Partei bezuschusstes Gericht geben, das daher günstiger angeboten werden kann.

Hotels und sonstige Unterbringung

Mit Fragen zur Unterbringung wenden sich Delegierte aus den Landesverbänden bitte an ihre jeweiligen Landesgeschäftsstellen der Partei Die Linke.

Organisation

Die Übernachtung der Delegierten aus den Zusammenschlüssen sowie für Teilnehmer*innen und Delegierte mit beratender Stimme wird durch die Bundesgeschäftsstelle organisiert.

Im Organisationsbüro sind dafür zuständig:

Janina Kaulfuß (Tel. 030 24009-397) und
Christina Beck (Tel.: 030 24009-583),
E-Mail: quartier.parteitag@die-linke.de.

Kinderbetreuung

Während des gesamten Parteitages gibt es eine professionelle Kinderbetreuung. Die Betreuung findet für Kinder ab einem Jahr statt.

Eine Betreuung von Kindern mit Krankheitssymptomen jeglicher Art ist leider nicht möglich.

Wir bitten darum, die Kinder – mit Geburtsdatum, Wohnadresse, Telefonnummer (Mobil) der Eltern und dem gewünschtem Betreuungszeitraum – **bis zum 25. April 2025** beim Organisationsbüro anzumelden. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn ein besonderer Grund vorliegt.

Im Organisationsbüro ist dafür zuständig:

Ulrike Liersch (Tel.: 030 24009-537),
E-Mail: ulrike.liersch@die-linke.de.

Kopieraufträge

Kopieraufträge können am Infopunkt im Foyer angemeldet werden.

Müll

Parteitage produzieren jedes Jahr sehr viel Müll. Versucht Müll zu vermeiden und kümmert euch ansonsten um die Entsorgung. Bitte verlasst euren Bereich im Plenarsaal, wie ihr ihn vorgefunden habt. Die Beseitigung eures Mülls verursacht bei den Reinigungskräften Rückenschmerzen und bei uns teilweise Kopfschütteln. Bitte hinterlasst keine benutzten Taschentücher, leere Fischdosen oder alte Couches. Mülleimer stehen zur Benutzung bereit.

Parken

Wir bitten um die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es gibt einen kostenpflichtigen Parkplatz der Messe Chemnitz (Tagesticket 3 Euro. Diese Gebühren können sich aber noch verändern).

Parteitagsöffnung

Der Bundesparteitag der Partei Die Linke wird am Freitag, 9. Mai 2025, um 14 Uhr in der Halle 1 (Messe Chemnitz) eröffnet.

Rauchen

In allen Räumen der Station Berlin besteht Rauchverbot. Ein Bereich zum Rauchen befindet sich auf dem Vorplatz des Eingangsbereichs.

Tagungspräsidium

Das Tagungspräsidium ist über den Arbeitstisch neben der Bühne zu erreichen.

Tiere

Bitte lasst eure Hunde, Katzen, Chamäleons, Vogelspinnen und anderes Getier zu Hause. Das betrifft nicht Begleithunde von Menschen mit Beeinträchtigung.

Wasser

Auch dieses Jahr wird es wieder für alle Menschen auf dem Parteitag eine kostenlose Wasserversorgung geben.

Wortmeldungen

Für Wortmeldungen in der Debatte sind Wortmeldezettel, die es bei der Anmeldung und am Arbeitstisch neben der Bühne gibt, zu benutzen. Die Wortmeldezettel sind am Arbeitstisch abzugeben.

Geschäftsordnung des 9. Parteitages

I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

- 1) Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:
 - das Tagungspräsidium,
 - die Mandatsprüfungskommission,
 - die Wahlkommission,
 - die Antragskommission.
- 2) Die Arbeit des Bundesparteitages wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
- 3) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

II. Beschlussfassung allgemein

4) Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist. Findet eine Tagung des Bundesparteitages als Online-Parteitag statt, ist der Bundesparteitag beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten sich in die Parteitags-Konferenzsoftware eingeloggt und ihre Anwesenheit bestätigt hat.

5) Delegierte mit beschließender Stimme haben Stimm- und Rederecht. Delegierte mit beratender Stimme sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben die gleichen Rechte wie Delegierte mit beschließender Stimme, ausgenommen das aktive Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen. Findet eine Tagung des Bundesparteitages als Online-Parteitag statt, wird das Stimm- und Rederecht ausschließlich über die Parteitags-Konferenzsoftware ausgeübt.

Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, im Zweifel entscheidet der Parteitag. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

6) Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben.

Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt, werden aber ausgezählt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten oder über die Konferenzsoftware.

III. Regeln in der Debatte

7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Über die Redezeiten beschließt der Parteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums.

8) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Landes- bzw. Kreisverband bzw. Zusammenschluss oder Jugendverband anzugeben. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als online-Parteitag statt, sind die Wortmeldungen über die Parteitags-Konferenzsoftware einzureichen. Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet wie folgt über die Redeliste: Unter Beachtung der Geschlechterquotierung werden maximal vier Redner*innen gesetzt, über die weitere Reihenfolge der Rednerinnen und Redner entscheidet das Los. Gesetzte Reden dürfen ein Fünftel der Gesamtredezeit zu einem Block nicht überschreiten und sind bezüglich der Redezeit gelosten Reden gleichgestellt.

Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

9) Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von Delegierten und Teilnehmer*innen mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin bzw. den Redner sowie die Antworten sind kurz zu formulieren (max. je 1 Minute).

10) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

IV. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

11) Antragsarten

Die Geschäftsordnung des Parteitages unterscheidet insbesondere

- Anträge zur Geschäftsordnung des Parteitages,
- Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung,
- ordentliche Anträge,
- Dringlichkeitsanträge,
- Initiativanträge,
- Änderungsanträge,
- Rückholanträge.

12) Geschäftsordnungsanträge

a) Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder zur Wiedereröffnung der Redeliste.

b) Anträge zur Geschäftsordnung sind mündlich zu stellen. Sie werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit keine Abstimmung läuft. c) Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten des Parteitages, Delegierten und Teilnehmer*innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.

d) Anträge zur Beendigung der Debatte bzw. zum Schließen der Redeliste können nur von antragsberechtigten Personen gestellt werden, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.

e) Vor der Abstimmung sind jeweils eine Gegen- und eine Fürrede zuzulassen. Diese darf die Redezeit von einer Minute nicht überschreiten.

13) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

a) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens acht Wochen vor dem Parteitag parteiöffentlich zu publizieren (§ 17 Abs. 5 Bundessatzung) und spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission einzureichen.

b) Über ihre Behandlung im Plenum entscheidet der Parteitag mit der Annahme der Tagesordnung.

14) Ordentliche Anträge

a) Ordentliche Anträge sind spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission einzureichen.

b) Ordentliche Anträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung von mindestens 25 Delegierten die Unterschriften vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.

15) Dringlichkeitsanträge und Initiativanträge

a) Dringlichkeitsanträge sind Anträge zu Ereignissen oder politischen Entwicklungen, die nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn des Parteitages, eingetreten sind.

b) Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt.

c) Dringlichkeits- oder Initiativanträge sind vom Parteitag zu behandeln, wenn zum Zeitpunkt ihrer Einreichung die Unterschriften von mindestens 50 Delegierten vorliegen.

16) Änderungsanträge

a) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge.

b) Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens 16 Tage vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission einzureichen. Änderungsanträge sind als Einzelanträge einzureichen; Sammelanträge sind unzulässig.

c) Änderungsanträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend ['solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung die Unterschriften von mindestens 25 Delegierten vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln.

d) Bei Änderungsanträgen, die nicht Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung betreffen, können die 25 Delegiertenunterschriften bis zum Beginn des Parteitages bzw. bis zu dem Zeitpunkt während des Parteitages, der vom Parteitag festgelegt wird, nachgereicht werden.

17) Rückholanträge

- a) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen.
- b) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) können nur von Delegierten des Parteitages, Delegierten und Teilnehmer*innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.
- c) Die Beschlussfassung erfolgt unmittelbar nach Gegen- und Fürrede.

18) Antragsbehandlung

- a) Als Antragsbehandlung wird verstanden
 - die Befassung im Plenum durch Abstimmung im Plenum des Parteitages, die
 - Überweisung an den Parteivorstand oder die Überweisung an den Bundesausschuss
 - die Nichtbefassung im Plenum gemäß Punkt (19) c.
- b) Der Parteitag kann beschließen, zu einem eingebrachten Antrag keine Entscheidung in der Sache herbeizuführen. Anträge werden auch als behandelt verstanden, wenn sie sich durch Abstimmung anderer Anträge erledigt haben.
- c) Antragsteller*innen haben bei Befassung ihrer Anträge im Plenum das Recht, ihre Anträge vor dem Plenum einzubringen und zu begründen. Dies gilt auch, wenn eine Tagung des Parteitages als Online-Parteitag durchgeführt wird.
- d) Antragsteller*innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt.

19) Antragskommission

- a) Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine Antragsbehandlung auf dem Parteitag vorliegen.
- b) Anträge und Änderungsanträge, die die Voraussetzungen einer Antragsbehandlung nach den Ziffern 14, 15 und 16 nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der Antragskommission vom Parteitag behandelt.
- c) Die Antragskommission kann Änderungsanträge mit ausschließlich redaktionellem Charakter zur Nichtbefassung im Plenum vorschlagen.
- d) Die Antragskommission hat die Aufgabe, hinsichtlich der Behandlung von Anträgen und Änderungsanträgen den Antragsstellern und Antragstellerinnen und dem Plenum Empfehlungen – insbesondere zur Antragsbehandlung nach Ziffer 18 – zu geben.
- e) Die Reihenfolge, in der Änderungsanträge behandelt werden, wird von der Antragskommission festgelegt und dem Plenum erläutert.
- f) Die Antragskommission hat das Recht, Anträge für unzulässig zu erklären. Unzulässig sind insbesondere Anträge, die die formalen Voraussetzungen der Bundessatzung oder dieser Geschäftsordnung nicht erfüllen.
- g) Die Antragskommission hat das Tagungspräsidium des Parteitages unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn eine ordentliche Antragsbehandlung im vorgesehenen Zeitrahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird.

V. Abstimmungen, Wahlen und Dokumentation

- 20) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die

Stimmenthaltungen abzurufen sind. Wird über eine Konferenzsoftware abgestimmt, werden alle Abstimmungsoptionen gleichzeitig aufgerufen.

21) Wahlen werden direkt in Parteitagssoftware Open Slides durchgeführt.

22) Für die Dokumentation werden von den Tagungen des Parteitages Tonbandmitschnitte erstellt und archiviert. Wird eine Tagung des Parteitages als online-Parteitag durchgeführt, wird ein elektronischer Mitschnitt erstellt und archiviert. Das Beschluss- und das Wahlprotokoll des Parteitages sind schriftlich auszufertigen. Die Beschlüsse des Parteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

VI. Parteitag unter besonderen Infektionsschutzbedingungen

23) Das Tagungspräsidium kann die durch die jeweils am Veranstaltungsort gültigen Infektionsschutzmaßnahmen für alle Teilnehmer*innen eines Parteitages für verbindlich erklären. Das kann folgende Umstände umfassen:

a) Für die Veranstaltung gilt 3G, also vollständiger Impfschutz oder vor höchstens drei Monaten genesen oder tagesaktueller Antigen-Test.

b) Alle auf einer Tagung des Bundesparteitages anwesenden Personen haben auf dem gesamten Veranstaltungsgelände einen Mund-Nasen-Schutz (keine Faceshields) zu tragen, es sei denn, sie befinden sich an ihrem festen Arbeitsplatz (Plenarsaal, Arbeitsräume) oder beim Essen/Trinken.

c) Alle auf einer Tagung des Bundesparteitages anwesenden Teilnehmer*innen des Parteitages halten den Mindestabstand von 1,50 Metern sowie die Husten- und Nies-Etikette ein.

d) Symptomatische Personen dürfen (auch bei milden Symptomen) das Veranstaltungsgelände eines Bundesparteitages nur mit einem tagesaktuellen negativen Antigen-Test betreten.

e) Die Kapazitätsbegrenzung des jeweiligen Plenarsaals ist einzuhalten.

Wahlordnung der Partei Die Linke

Beschluss des Gründungsparteitages am 16. Juni 2007 in Berlin, geändert durch Beschlüsse der Parteitage der Partei Die Linke am 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt und 19./20. Oktober 2024 in Halle (Saale).

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.
- (2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

§ 2 Wahlgrundsätze

- (1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.
- (2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.
- (3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.
- (4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

§ 3 Ankündigung von Wahlen

- (1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.
- (2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.
- (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

§ 4 Wahlkommission

- (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.
- (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.

(3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzuziehen.

(4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein oder mehrere Mitglieder der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus. Bei Kreis- und Ortsverbänden bis 100 Mitglieder ruht für den Zeitpunkt der eigenen Kandidatur die Funktion und Tätigkeit in der Wahlkommission.

§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.

(2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.

(3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

(3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsverbänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.

(4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt. (Bundessatzung § 10 Absatz 5)

§ 7 Wahlvorschläge

(1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend).

(3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

(5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

§ 8 Stimmenabgabe

(1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.

(2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.

(3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.

(4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.

(5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen

(1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.

(2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

(1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

(2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen

Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

(1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.

(2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.

(3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.

(4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

(1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder

- die Wahl vertagt oder
- ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
- eine Stichwahl herbeigeführt werden.

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmgleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrigbleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.

(3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die

Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen

(1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

(2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch mindestens zwei Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

(3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

(4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

§ 14 Wahlwiederholung

(1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abzubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.

(2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.

§ 15 Wahlanfechtung

(1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

(2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Anfechtungsberechtigt sind:

- der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
- wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

(4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.

(5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

(6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.

Anträge

Antrag R.1.: Tagesordnung für die 3. Tagung des 9. Parteitages

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Tagesordnung:
- 2 TOP 1 Konstituierung und Eröffnung der 3. Tagung des 9. Parteitages der Partei Die
- 3 Linke
- 4 TOP 2 Auswertung der Bundestagswahl
- 5 TOP 3 Beratung und Entscheidung des Leitantrags
- 6 TOP 4 Berichte
- 7 TOP 5 Wahl der Bundesschiedskommission und Wahl der Bundefinanzrevisionskommission
- 8 TOP 6 Beratung von Anträgen zur Satzung
- 9 TOP 7 Beratung und Entscheidung von sonstigen Anträgen

Antrag R.2.: Zeitplan

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Zeitplan für die 3. Tagung des 9. Parteitags in Chemnitz am 9./10. Mai 2025 in Chemnitz**
- 2 **Im Vorfeld des Bundesparteitags**
- 3 • Frauenplenum, VK
- 4 • Migrantisches Plenum, VK
- 5 **Donnerstag, 8. Mai 2025**
- 6 • Gremiensitzungen
- 7 **Freitag, 9. Mai 2025**
- 8 14:00 Uhr TOP 1 Konstituierung / Zeitplan / Eröffnung
- 9 14:30 Uhr TOP 2 Rede Spikas Bundestagswahl
- 10 14:45 Uhr TOP 3 Einbringung des Leitantrags
- 11 15.50 Uhr TOP 2 Generaldebatte
- 12 17:00 Uhr TOP 3 Beratung & Beschlussfassung der Änderungsanträge
- 13 18:30 Uhr Pause
- 14 19:00 Uhr Frauenplenum / Migrantisches Plenum
- 15 20:30 Uhr TOP 4 Berichte Frauen/FLINTA*-Plenum und Migrant*innen-Plenum
- 16 20:45 Uhr TOP 3 Beratung & Beschlussfassung der Änderungsanträge
- 17 22:00 Uhr Ende des ersten Tages
- 18 **Samstag, 10. Mai 2025**
- 19 9:00 Uhr TOP 4 Bericht der Bundesschiedskommission
- 20 9:15 Uhr TOP 5 Wahl der Bundesschiedskommission

21	10:00 Uhr	TOP 4 Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission
22	10:15 Uhr	TOP 5 Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission
23	11:00 Uhr	TOP 6 Beratung von Anträgen zur Satzung
24	11:30 Uhr	Rede Vorsitzende/r Fraktion im Bundestag
25	12:00 Uhr	TOP 7 Behandlung sonstiger Anträge
26	12:30 Uhr	Pause
27	13:00 Uhr	Rede Parteivorsitzende/r
28	13:20 Uhr	TOP 7 Behandlung sonstiger Anträge
29	15:00 Uhr	Schlusswort

Antrag L.1.: Wir sind die Hoffnung!

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wir sind die Hoffnung!**

2 **Die Linke als sozialistische Mitgliederpartei weiterentwickeln, um die wirksame soziale**
3 **Opposition zu sein – unser Plan für die nächsten Jahre**

4 Wir wollen Hoffnung nicht nur propagieren, sondern organisieren. Unser Ergebnis bei der
5 vorgezogenen Bundestagswahl 2025 hat alle unsere Erwartungen übertroffen. Wir haben den
6 Wahlkampf als Überlebenskampf begonnen. Dass wir am Ende 8,8 Prozent der Zweitstimmen
7 erzielen, 6 Direktmandate gewinnen und stärkste Kraft unter den Jungwähler*innen sein
8 würden, dass jede dritte Frau unter 30 Jahren uns ihre Stimme geben würde - das hätte
9 niemand für möglich gehalten. Das uns durch die vielen Stimmen und Eintritte
10 ausgesprochene Vertrauen ist uns Anspruch und Ansporn. Wir wollen zeigen: Eine gerechtere
11 Welt ist möglich – wenn wir selbst damit anfangen, daran zu arbeiten. Wahlen sind für uns
12 ein wichtiger Gradmesser dafür, wo wir stehen. Doch entscheidend ist die Arbeit, die wir
13 zwischen den Wahlen leisten und was sich dadurch verändert.

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert – oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand
37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren – mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

40 Die Linke ist die treibende politische Kraft für eine solche solidarische Alternative. Als

41 Partei nehmen wir eine zentrale Rolle im Protest gegen Aufrüstung, Sozialabbau,
42 Klimazerstörung und Rechtsruck ein. Wir schmieden Bündnisse, bündeln Anliegen und
43 erarbeiten konkrete Alternativen und Konzepte. Unser Parteaufbau und unsere
44 parlamentarische Arbeit gehen Hand in Hand: Wir tragen die Anliegen der Menschen in die
45 Parlamente und geben ihnen eine politische Stimme. Gleichzeitig organisieren wir uns vor
46 Ort mit den Menschen und kämpfen gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft. Denn es ist
47 Zeit, dass die Reichen und Mächtigen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.
48 Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisation. Der Aufbau
49 einer starken Mitgliederstruktur ist die Voraussetzung dafür, als gesellschaftlich
50 relevante Kraft einen grundlegenden Politikwechsel im Sinne der Mehrheit zu erkämpfen. Das
51 ist unsere Aufgabe. Denn wir als Linke haben uns zum Ziel gesetzt, dieses Land zu
52 verändern.

53 Unsere Partei hat schwierige Zeiten hinter sich. Öffentlich ausgetragene Konflikte haben
54 das Vertrauen vieler Menschen in uns geschwächt. Doch in den letzten eineinhalb Jahren
55 haben wir wieder angefangen, vieles richtig zu machen. Die Bundestagswahl hat uns gezeigt,
56 dass wir auf dem richtigen Weg sind. Deshalb wollen wir ihn weitergehen. Wir wollen unsere
57 Partei zu einer kraftvollen sozialistischen Mitgliederpartei für das 21. Jahrhundert
58 weiterentwickeln - einer Partei, die auch jenseits von Wahlen in der Lage ist, Kampagnen
59 durchzuführen und sogar zu gewinnen.

60 Ebenso wichtig war, was wir nicht mehr gemacht haben. Wir sind geschlossen aufgetreten:
61 Basis, Vorstand, Bundestagsgruppe und Landesverbände haben eng zusammengearbeitet. Wir
62 haben keine widersprüchlichen politischen Signale gesendet und uns nicht selbst die
63 Glaubwürdigkeit abgesprochen. Wir haben unsere Tonalität und unser Auftreten verändert:
64 Wir waren nicht überheblich oder herabsetzend, sondern einladend und fordernd; nicht
65 selbstbezogen und gereizt, sondern selbstsicher und humorvoll. All das hat dazu
66 beigetragen, eine Linke wiederherzustellen, die sympathisch, verlässlich und Teil der
67 Gesellschaft ist - eine Partei, die den Menschen wieder Hoffnung gibt.

68 Um eine solche Linke weiterzuentwickeln, werden wir uns für die nächsten Jahre an
69 folgenden strategischen Leitplanken orientieren:

- 70 1. Die Linke muss eine organisierende Klassenpartei werden, die die vielfältige Mehrheit
71 der Menschen anspricht und an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt.
- 72 2. Die Linke muss ihre Verankerung und Durchsetzungskraft vergrößern und sich dazu auch
73 strukturell erneuern.
- 74 3. Die Linke braucht Fokus, um zu gewinnen.
- 75 4. Die Linke muss ihre Ideen gesellschaftlich mehrheitsfähig machen und in den
76 Parlamenten Verbesserungen für die Menschen durchsetzen.
- 77 5. Die Linke muss die Utopie einer besseren Gesellschaft ausdrücken können, die
78 Sehnsucht danach beflügeln und die Zuversicht stärken, dass eine bessere Welt möglich
79 ist.

80 **Wo wir stehen**

81 Die Bundestagswahl hat die politische Rechte gestärkt – Wahlergebnisse der AfD über 20
82 Prozent sind längst kein ostdeutsches Phänomen mehr. Statt einer solidarischen Gegenagenda
83 haben auch SPD und Grüne zu oft rechte Positionen übernommen.

84 Gleichzeitig erleben wir eine starke Politisierung: So intensiv wie lange nicht wurde über

85 Wahlen und Politik diskutiert. Es ist an uns, die Debatten wieder nach links zu
86 verschieben.

87 Wir leben in einer sehr ungleichen Gesellschaft. In den letzten Jahren sind die Reichen
88 und Mächtigen unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie haben mehr Rechte, mehr
89 Geld und aufgrund ihres Besitzes auch mehr Macht und politischen Einfluss als alle anderen
90 Menschen. Sie gehen direkt in die Ministerien und lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern:
91 um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit noch schlechter zu entlohnen oder um
92 aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und eine Gesundheitsversorgung brauchen,
93 noch höhere Gewinne zu schlagen. Die anderen Parteien akzeptieren diese Entwicklung und
94 unterstützen diese nur unterschiedlich stark. Die Reichen und Mächtigen profitieren von
95 diesem politischen System, das sie selbst über Jahrzehnte zu ihrem Vorteil ausgestaltet
96 haben. Und um die Mehrheit davon abzulenken, dass dieses System zutiefst ungerecht ist,
97 versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Weltweit und auch
98 in Deutschland entwickelt diese Klasse der Ultrareichen zunehmend autoritäre Züge und
99 zeigt – wie aktuell in den USA – sogar wieder faschistische Tendenzen.

100 Alle anderen Menschen - Arbeitende, Erwerbslose, Auszubildende, Studierende, Rentnerinnen,
101 Selbstständige und Künstlerinnen - sind diesem ungerechten System ausgeliefert. Sie
102 erarbeiten den Reichtum mit ihrer Arbeitskraft, erhalten jedoch kaum etwas davon. Im
103 Gegensatz zu den Reichen und Mächtigen ist sich die Mehrheit der Gesellschaft ihrer
104 gemeinsamen Interessen viel seltener bewusst. Es fehlt an Vernetzung und erreichbaren
105 Zielen. Zugleich wird seit vielen Jahren die Erfahrung gemacht, dass die Interessen durch
106 die herrschende Politik nicht wahrgenommen werden und das Recht auf soziale Sicherheit und
107 eine positive Zukunftsaussicht genommen wird. Daraus entstehen Wut und Ohnmacht. Dieser
108 Zustand wird durch die Reichen und Mächtigen aufrechterhalten und weiter vorangetrieben.

109 In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den
111 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. Viele Großkonzerne und bürgerliche
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.

114 In Deutschland verkörpert Merz den Wandel vom neoliberalen Transatlantiker zum autoritären
115 Rechtspopulisten. Es ist zu erwarten, dass eine Bundesregierung unter Führung von Merz
116 sich wenig um die Lösung realer Probleme bemühen wird, sondern ebenfalls Schritte zu einer
117 autoritären Ökonomie gehen wird: Aufrüstung um der Aufrüstung willen, Steuergeschenke an
118 Konzerne und Reiche, Verzicht auf politische Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung,
119 Schaffung eines Schattenarbeitsmarkts durch Illegalisierung von Zuwanderung.

120 Die Verteidigung des Sozialstaats, eines handlungsfähigen, in die Wirtschaft eingreifenden
121 Staates und die Weiterentwicklung bei gleichzeitiger Verteidigung der Demokratie werden zu
122 politischen Kernaufgaben für die politische und gesellschaftliche Linke. Es geht um nichts
123 Geringeres als die Frage, wie wir leben wollen.

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für
125 "die Demokratie" Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. Allerdings
126 wird dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das
127 soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den
128 Nährboden für die AfD. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene
130 Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte

131 massiv Auftrieb verliehen. Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.
133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine antifaschistische
134 Wirtschaftspolitik.

135 Wer Demokratie wirklich verteidigen will, muss sie ausbauen- Wir brauchen mehr
136 demokratische Kontrolle. Auch deshalb ist die Besteuerung großer Vermögen wichtig. Denn:
137 Viel Geld bedeutet viel Einfluss. Das widerspricht der Grundidee einer Demokratie. Unser
138 Ziel ist ein Wirtschaftssystem, in dem nicht eine Handvoll Familien die Hälfte des
139 Vermögens besitzt, sondern ein System, in dem Entscheidungen demokratisch getroffen
140 werden.

141 Wir als Linke glauben: Veränderung ist nur möglich, wenn sich die breite Mehrheit von
142 Menschen zusammenschließt und politisch organisiert. Sie müssen ihre Stärke nutzen – durch
143 Masse (wir sind die Mehrheit) und ihre Macht (wir können Widerstand organisieren oder
144 sogar streiken). In der Vergangenheit war die Linke immer dann stark, wenn sie diejenigen
145 ganz unten in der Gesellschaft mit denen verbunden hat, die sich um ihre Zukunft sorgen
146 und sich nach einer besseren und solidarischen Welt sehnen. Wir wollen diese Menschen, die
147 tagtäglich im kapitalistischen Wettbewerb gegeneinander ausgespielt werden, wieder
148 miteinander verbinden. Denn kollektive Macht entsteht, wenn wir gemeinsam für
149 Verbesserungen kämpfen. Und daraus wächst auch der Mut, den wir brauchen, um die Welt zu
150 verändern. Dafür braucht es eine politische Akteurin, die diese Organisation unterstützt.
151 Diese Akteurin wollen wir als die Partei Die Linke sein.

152 **Woher wir kommen und wohin wir wollen**

153 Unsere Richtung ist klar: Wir wollen eine Linke, die vor Ort verankert ist, hilft, kämpft
154 und organisiert – eine Linke, die einen echten Unterschied im Leben der Menschen macht.

155 In den letzten Jahren fehlte es an einer ehrlichen Analyse der gesellschaftlichen
156 Entwicklung, die auch unsere Rolle und auch eigene Fehler mit einbezieht. Und es fehlte
157 ein gemeinsamer strategischer Plan, der zentrale Bereiche unserer Parteiarbeit sinnvoll
158 miteinander verbindet: unsere Kampagnen, die Aufbauarbeit und Organisation vor Ort, die
159 Ausbildung und Befähigung unserer Mitglieder, unsere Kommunikation nach außen und unser
160 inhaltliches Profil sowie die parlamentarische Arbeit. Und es mangelte an einer
161 gemeinsamen Erzählung, auf die sich alle beziehen. So gab es zwar in vielen Bereichen
162 unserer Partei wertvolle Ansätze und Initiativen, aber ohne gemeinsamen Rahmen und
163 Bezugnahme aufeinander konnten diese oft kein sinnvolles Ganzes bilden.

164 Aber in den letzten 1,5 Jahren ist viel passiert. Wir konnten wir zu einer strategischen
165 Handlungsfähigkeit und inhaltlichen Klarheit zurückkehren, die uns streckenweise gefehlt
166 hat – auch dadurch, dass diejenigen unsere Partei verlassen haben, die unseren linken
167 Grundkonsens nicht mehr mittragen wollten. Wir haben einen gemeinsamen Plan bis zur
168 Bundestagswahl breit in der Partei diskutiert und eine Kommunikationsstrategie mit klarer
169 „Unten-gegen-Oben“-Position entwickelt. Von unserem gemeinsamen Plan haben wir konkrete
170 Schritte abgeleitet, die von der ganzen Breite der Partei mitgetragen und umgesetzt
171 wurden.

172 Mit der Vorwahlkampagne unter dem Motto „Alle reden, wir hören zu“ wurde ein wichtiger
173 Grundstein für den späteren Erfolg bei der Bundestagswahl gelegt. Im Wahlkampf ist es uns
174 unter dem Motto „Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.“ gelungen, vieles, was
175 bislang für sich stand, strategisch zusammenzuführen. In die Konzeption dieser Kampagne

176 flossen Erfahrungen aus jahrelanger Haustür- und organisierender Kampagnenarbeit sowie aus
177 verschiedenen Bildungs- und Ausbildungsformaten, die auch aus der Mitte unserer eigenen
178 Partei hervorgingen.

179 Wir haben uns ein Alleinstellungsmerkmal erarbeitet: Wir waren das Angebot für alle, die
180 gegen den zunehmenden Rechtsruck eine linke Gegenposition stark machen wollten. Wir hatten
181 eine hervorragende Social-Media-Arbeit. Unsere Spitzenkandidierenden haben das Bild einer
182 positiven, engagierten, politisch verlässlichen Linken vermittelt. Die doppelte Haustür-
183 Kampagne aus der Gesprächsoffensive im Herbst, und dem Haustürwahlkampf vor der
184 Bundestagswahl hat enorme Kraft entfaltet.

185 Diese Erfahrungen haben uns gezeigt, welche Kraft wir entfalten können – lokal als auch
186 auf Bundesebene, wenn wir als Partei einen gemeinsamen Plan verfolgen und langfristig
187 strategisch handeln. Wenn wir unsere Aktiven gezielt und systematisch ausbilden. Wenn wir
188 uns in Form von Kampagnen auf wenige Themen und Forderungen fokussieren. Und wenn wir
uns

189 von den Kreisverbänden bis zur Bundesebene auf die gleiche Erzählung sowie Sprache stützen
190 und verständlich kommunizieren. So waren wir in der Lage, auf die Neuwahlen schnell zu
191 reagieren und gestärkt sowie gut vorbereitet in den Wahlkampf zu ziehen. In diese Richtung
192 wollen wir nun weitergehen.

193 **Leitplanken unserer sozialistischen Mitglieder-Partei**

194 **1) Die Linke muss eine organisierende Klassenpartei werden, die die vielfältige Mehrheit**
195 **der Menschen anspricht und an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt.**

196 Die Linke versteht sich als moderne sozialistische Partei für die arbeitende Klasse. Wir
197 haben den Anspruch, die Interessen dieser Klasse zu vertreten. Zu dieser Klasse gehören
198 all jene, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren
199 Lebensunterhalt zu bestreiten – also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft. Die
200 arbeitende Klasse ist vielfältig: Zu ihr gehören Angestellte, Selbstständige wie
201 Arbeiterinnen, ob in der Industrie, in der Pflege, im Büro oder im Warenlager. An vielen
202 Orten in diesem Land ist diese Klasse stark durch die Migrationsgeschichte vieler ihrer
203 Mitglieder geprägt. Zu ihr gehören auch diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten,
204 allem von Frauen. Zu ihr gehören selbstverständlich auch all jene, die nicht oder nicht
205 mehr arbeiten können. Die Stärke der arbeitenden Klasse besteht darin, sich
206 zusammenzuschließen. Wir lassen uns nicht spalten. Für uns gilt der Grundsatz: niemals
207 allein, immer gemeinsam.

208 Wir betrachten es als die zentrale Aufgabe der Linken, sich in der Arbeiter*innenklasse zu
209 verwurzeln, um die Durchsetzungskraft von uns allen gegen „die da oben“ zu erhöhen. Dafür
210 müssen wir es schaffen, die Arbeiter*innenklasse in ihrer Vielfalt wieder anzusprechen.
211 Dazu wollen wir beitragen, indem wir uns gezielt in den Betrieben und den Stadtvierteln
212 organisieren.

213 Betriebliche Praxis und Ausbildung: Wir möchten Konzepte entwickeln, wie unsere
214 Genoss*innen an ihrem Arbeitsplatz die Gewerkschaftsbewegung stärken können. Wir möchten
215 eine betriebliche Praxis der Linken entwickeln und betrieblich aktive Mitglieder dazu
216 ausbilden, ihre Gewerkschaftsstrukturen vor Ort zu unterstützen. Dafür wollen wir dort
217 anfangen, wo Kolleg*innen sich bereits organisieren und linker Politik gegenüber besonders
218 aufgeschlossen sind – beispielsweise im Gesundheitssektor.

219 Organisation von Mieter*innen: Der Widerspruch zwischen Mietern und Vermietern ist ein

220 zentraler Klassenwiderspruch im Kapitalismus. Viele Mieter wenden einen Großteil ihrer
221 Arbeitszeit dafür auf um ein Dach über dem Kopf zu haben und die Profitinteressen der
222 Vermieter zu befriedigen. Gleichzeitig ist der Organisationsgrad unter Mieter*innen sehr
223 schlecht. Wir unterstützen Mieter*innen dabei sich solidarisch und demokratisch zu
224 organisieren um eine Gegenmacht aufzubauen.

225 Als moderne Klassenpartei wollen wir eine Kultur schaffen, die es arbeitenden Menschen
226 ermöglicht, in unserer Partei mitzuwirken, vor allem auch dann, wenn sie keine akademische
227 Ausbildung haben und in Berufen arbeiten, die in der Politik sonst unterrepräsentiert
228 sind. Das bedeutet, die Parteiarbeit so zu verändern, dass Gremien und Parteitage
229 zugänglicher werden. Wir arbeiten daran, die Realität der Arbeitswelt in unseren Gremien
230 und in den Parlamenten abzubilden. Wir wissen, dass wir noch einen langen Weg vor uns
231 haben, bis wir das erreicht haben.

232 **2) Die Linke muss ihre Verankerung und Durchsetzungskraft vergrößern und sich dazu auch**
233 **strukturell erneuern.**

234 Die Partei, ihre Kreisverbände und Basisorganisationen bauen wir weiter auf. Mit den
235 Ergebnissen und Erfahrungen der Bundestagswahl im Rücken entwickeln wir Strategien mit dem
236 Ziel in alle Landtage einzuziehen und die kommunalpolitische Verankerung in der Fläche
237 auszubauen. Dazu gehört, die lokalen Strukturen für die Ansprache kommunalpolitisch
238 Interessierter und Gewinnung und Vorbereitung Kandidierender für kommunale Mandate zu
239 befähigen. Arbeit in der Kommune ist das Herzstück einer sozialistischen Mitgliederpartei.
240 Aber das ist nicht nur und auch nicht überwiegend Arbeit in den kommunalparlamentarischen
241 Strukturen. Es ist vor allem eine dauerhafte und geduldige Arbeit dort, wo unsere
242 Mitglieder leben und arbeiten, wo sie in Netzwerken und Vereinigungen mitwirken.

243 Im ersten Schritt wollen wir durch diese Maßnahmen zum erfolgreichen Abschneiden bei den
244 Kommunalwahlen in NRW, Bayern und Hessen sowie bei den Landtagswahlen in Baden-
Württemberg
245 und in Rheinland-Pfalz beitragen. Es braucht dazu eine enge Koordination zwischen allen
246 Ebenen, um Ressourcen und Erfahrungen optimal einzusetzen. Insbesondere wollen wir mit
247 Unterstützung der Bundesebene in großen Städten kommunalpolitische Leuchttürme aufbauen,
248 die auch in die Fläche wirken.

249 In den letzten Jahren haben wir vor allem in Wahlkämpfen im gesamten Bundesgebiet positive
250 Erfahrungen mit Haustürarbeit gesammelt. Wir möchten diese Erfahrungen über Wahlkämpfe
251 hinaus verstetigen und mit anderen Aktivitäten und Angeboten so verschränken, dass wir
252 Menschen dazugewinnen und ein starkes Umfeld der Linken aufbauen. Das bedeutet, dass wir
253 Menschen an den Haustüren zu unseren Kiezfesten oder Sozialsprechstunden einladen und dass
254 die Probleme, die wir an den Haustüren erfahren, der Ausgangspunkt unserer weiteren Arbeit
255 vor Ort sind – im Parlament und auf der Straße. Dafür wollen wir unsere Organizing-Arbeit
256 weiter ausbauen und stärken, auch im ländlichen Raum. Dies bedeutet auch, dass unsere
257 Parlamentarier*innen mit ihren Anfragen, ihrer thematischen Arbeit in Ausschüssen aber
258 auch in Regierung die Interessen der Vielen vertreten.

259 Eine Partei, die praktisch gebraucht wird und konkret hilft: Die Linke war immer dann
260 stark, wenn sie im Leben der Menschen einen Unterschied machen konnte. Wir knüpfen an
261 diese Tradition an und machen in Sozialsprechstunden individuelle Unterstützung im Alltag
262 und bei Rechtsfragen wieder zum Zentrum unserer täglichen Arbeit. Wir betreiben
263 Nachbarschaftsarbeit, unsere Büros sind soziale Anlaufpunkte, wir feiern Feste, wir
264 organisieren Fußballturniere oder ein kostenloses Frühstück. Wir organisieren dort

265 Gesellschaft, wo die Regierenden versuchen, sie aufzulösen.
266 Politische Bildung: Wir wollen ein politisches Bildungsprogramm aufbauen. Mit
267 umfangreichen Bildungsangeboten und Patenschaften zwischen Neuen und Erfahrenen wollen
wir
268 unsere Genoss*innen ausbilden. Wir wollen unsere Mitglieder - auch Mandatsträger*innen -
269 sowohl im Organizing, Campaigning als auch in politischer Theorie ausbilden, um sie eng
270 mit unserer politischen Praxis zu verschränken. Besonderer Fokus soll dabei auf den
271 Gruppen liegen, die in unserer Gesellschaft den Kürzeren ziehen: Frauen, Queere,
272 Arbeiter*innen, von Rassismus oder Antisemitismus betroffene, sowie Menschen mit
273 Behinderungen.
274 Auswerten und Lernen: Wir wollen in unserer Partei eine Kultur des Lernens und der
275 Fehlertoleranz fördern. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem wir offen über Misserfolge
276 sprechen, aus ihnen lernen und uns kontinuierlich verbessern. Mit den Workshops zur
277 feministischen Parteipraxis haben wir versucht, eine neue Fehlerkultur zu etablieren.
278 Diese wollen wir fortführen und ausbauen. Hierfür wollen wir alle unsere Aktivitäten an
279 messbaren Zielen orientiert auswerten. Außerdem schaffen wir neue Räume für Austausch,
280 Debatten und Reflektion.

281 **3) Die Linke braucht Fokus, um zu gewinnen.**

282 Kampagnenfähigkeit aufbauen: Unter einer Kampagne verstehen wir einen zeitlich
283 befristeten, mit konkreter Zielsetzung unterfütterten öffentlichen Kampf um die politische
284 Deutung eines Problems oder Themas, in dem wir einen konkreten Weg der Veränderung von
285 links aufzeigen. Wir müssen uns in die Lage versetzen, gesellschaftliche
286 Auseinandersetzungen strategisch führen zu können. Wir haben das klare Ziel, Kämpfe zu
287 gewinnen. Dafür ist Kampagnenfähigkeit der Schlüssel. Wir sind dann am stärksten, wenn wir
288 alle das Gleiche fordern und dies gebündelt in die breite Öffentlichkeit tragen. Unter
289 anderem wollen wir stärker daran arbeiten, erfolgreiche lokale Initiativen zu
290 verallgemeinern und auf politische Gelegenheiten schnell zu reagieren. Das ist uns etwa
291 mit der Heizkostenaktion schon gelungen. Für die Zukunft wollen wir die Kampagnenarbeit
292 auf Bundesebene weiter ausbauen und professionalisieren.
293 Kampagnenfähige Abgeordnete: Unseren Abgeordneten kommt neben der parlamentarischen
Arbeit
294 in unserer Kampagnenführung eine wichtige Rolle zu. Sie haben einen privilegierten Zugang
295 zu Öffentlichkeit und Informationen. Unsere Abgeordneten organisieren ihre Arbeit und
296 stellen ihre Büros so auf, dass sie in der Lage sind, Kampagnen zu unterstützen und
297 möglichst viel Öffentlichkeit zu generieren. Es ist entscheidend, dass sie ihre
298 politischen Themen auf allen Ebenen mit der Erzählung der Partei nach außen kommunizieren.
299 Dafür definieren wir, was wir von unseren Abgeordneten erwarten. Wir werden ein Konzept
300 erstellen, wie unsere Abgeordneten unterstützt werden, gute Kampagnenarbeit zu machen.
301 Fokus, Fokus, Fokus: Im Bundestagswahlkampf haben wir es geschafft, unsere Kampagne auf
302 wenige Themen zu fokussieren und sind damit endlich wieder mit unseren Themen
303 durchgedrungen. Wir haben begonnen, unser Profil wieder aufzubauen – als die, die sich mit
304 „denen da oben“ anlegen, und als die, die nicht locker lassen, bis niemand mehr Angst
305 haben muss, seine Wohnung zu verlieren oder sich den Einkauf nicht mehr leisten zu können.
306 Denn um erfolgreich durchzudringen und Kampagnen auch zu gewinnen, braucht es eine
307 Fokussierung auf wenige Kernforderungen, die wir unablässig und selbstbewusst betonen, und

308 auch immer wieder ein Hervorheben der Funktion der Partei.

309 Solche Kampagnen sollen die Regierung vor uns hertreiben. Und sie sollen der Linken einen
310 praktischen Nutzen und eine konkrete Praxis geben. Diese Fokuskampagnen helfen uns, wieder
311 öffentlich sichtbar zu werden. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Fokussierung auf das
312 Thema Miete im Bundestagswahlkampf 2025, kombiniert mit Haustürarbeit und der konkreten
313 Hilfe bei falschen Nebenkostenabrechnungen. So konnten wir den konkreten Nutzen unserer
314 Partei deutlich machen.

315 Eine der drängendsten Fragen unserer Zeit ist die Wohnungsfrage. Wir beantworten sie mit
316 einem bundesweiten Mietendeckel, der sofort den Druck für Millionen Mieterinnen und
317 Mietern nehmen würde. Die Mietenfrage eignet sich besonders für eine zentrale Kampagne
318 unserer Partei, da sie bundesweit von keiner anderen Partei als zentrales Thema bespielt
319 wird. Wir als Linke konnten mit dieser Fokussierung im Bundestagswahlkampf punkten. In den
320 nächsten vier Jahren werden wir ein bis zwei bundesweit organisierte Kampagnen führen, mit
321 denen wir tatsächlich etwas für Mieterinnen und Mieter oder Wohnungssuchende erreichen.

322 Nicht minder wichtig ist die Verteidigung der Einkommen der lohnabhängig Arbeitenden, der
323 Renten und Transferzahlungen. Wir respektieren und verteidigen die Tarifautonomie der
324 Gewerkschaften, aber wir müssen seit Jahren feststellen, dass die Einkommen nicht nur
325 durch Tarifverhandlungen und betriebliche Kämpfe verteidigt werden können. Die Politik ist
326 immer mehr gefordert: Regelung von Arbeitszeiten, Begrenzung von Leih- und Teilzeitarbeit,
327 Rentenerhöhungen, Preisdeckelung und Preiskontrollen, Erhöhung von Mindestlohn.

328 **4) Die Linke muss ihre Ideen gesellschaftlich mehrheitsfähig machen und Verbesserungen im**
329 **Parlament durchsetzen.**

330 Als Linke wollen wir Orientierung bieten, Perspektiven entwickeln und aufzeigen,
331 überzeugen und konkrete politische Konzepte vorschlagen. Außerdem streben wir ein
332 produktives Verhältnis zum intellektuellen und bewegungsnahen Umfeld unserer Partei an, um
333 Konflikte von links aufzugreifen und zu begleiten.

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei
336 binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so
337 weit wie möglich ein. Wir müssen eine neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig
338 sein. Dabei geht es darum, unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern.
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden.

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.
348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

349 Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt
350 zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für
351 eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden ein. Und wir wollen, dass alle
352 Abgeordneten der Linken einen Teil Ihrer Diäten an Sozialfonds der Partei spenden, um

353 Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Unsere Mandatsträger:innen halten wir dazu an,
354 Transparenz über ihre Einnahmen und Spenden herzustellen. Ein Mandat der Linken
355 verpflichtet dazu, sich am Parteaufbau zu beteiligen und sich in den Dienst der Partei zu
356 stellen.

357 Entwicklung von sozialer Klimapolitik: Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist die große
358 Menschheitsfrage unserer Zeit. Vor uns liegen große Herausforderungen, wenn wir den
359 notwendigen Umbau der Industrie, des Verkehrs und der Energieversorgung schaffen wollen.
360 Wir brauchen einen Plan und eine wirksame Ansprache, die insbesondere auch Menschen in
361 prekären Milieus und die mittlere und untere Arbeiter*innenklasse anspricht. Dabei wollen
362 wir sowohl an die notwendige Radikalität denken, als auch schaffen, an den Anliegen der
363 breiten Mehrheit anzuknüpfen.

364 Bedingungsloses Einstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir
365 stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen
366 menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und
367 immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete
368 Menschen sind für uns kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern in
369 erster Linie Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde.
370 Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen
371 Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische
372 Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige
373 Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem
374 wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere
375 Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben und offen
376 zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisationen in unserer Partei. So
377 wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam
378 gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen.

379 Bündnisse mit Gewerkschaften, progressiven Kräften, Initiativen und Organisationen auf
380 allen Ebenen: Unser Ziel muss sein, auch als Partei zentral in Bündnissen wahr- und
381 ernstgenommen zu werden, im Bemühen, eine gemeinsame, weltverändernde Perspektive zu
382 erarbeiten. Wir bündeln die gesellschaftlichen Fäden und sind Teil beim Aufbau einer
383 starken Bewegung.

384 Parlamentarische Arbeit: Unsere Aufgabe besteht darin, in Parlamenten die Stimme der
385 arbeitenden, armen und benachteiligten Menschen zu sein. Eine Lobby für diejenigen, die
386 sonst keine haben. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen Fragen und klären
387 auf. Dort, wo wir kommunal, auf Landes- oder Bundesebene in Parlamenten sitzen und
388 regieren, arbeiten wir für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Mehrheit und
389 benachteiligter Minderheiten. Wir streben Reformen an, die die Lage der Menschen
390 systematisch verbessern und auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft und Politik
391 abzielt. Unsere Arbeit in den Parlamenten und vor Ort bilden für uns eine Einheit.

392 **5) Die Linke muss die Utopie einer besseren Gesellschaft ausdrücken können und die**
393 **Sehnsucht danach beflügeln.**

394 Wir bieten visionäre Ideen und Lösungen an, die das Herz berühren, realistisch und
395 anschlussfähig sind und den Wunsch nach einer besseren Gesellschaft verstärken. Denn wir
396 brauchen eine bessere Form des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens.

397 Das Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsordnung vor. Freiheitlich-demokratisch bedeutet

398 für uns mehr Miteinander und Füreinander. Um ein neues Zusammenleben zu ermöglichen,
399 braucht es jedoch einen grundsätzlichen Wandel, der die Macht der Milliardäre begrenzt,
400 bricht und schließlich abschafft.

401 Wir brauchen Weitblick. Wir müssen über die nächste Kampagne oder Wahl hinausdenken. Und
402 wir müssen wie die schlauesten unserer Gegner*innen in Generationen denken: Wie wollen wir
403 in dreißig Jahren leben? Wer so denkt, verkraftet gelegentliche Rückschläge. Sie sind dann
404 nur Teil eines Lernprozesses.

405 Wir verstehen uns als demokratische Sozialist*innen und stellen diese Vorstellung
406 zunehmend in den Fokus. Das bedeutet für uns ein Miteinander, statt gegeneinander - selbst
407 zu bestimmen, statt bestimmt zu werden. Freiheit des Individuums und der Gesellschaft,
408 fernab von wirtschaftlichen Zwängen.

409 Unsere Utopie heißt Gemeinschaft. Nach dieser Idee richten wir uns eigene politische
410 Praxis innerhalb der Partei, mit der Partei sowie unsere parlamentarische Arbeit. Wir
411 kämpfen gegen die Vereinzelnung an allen Stellen und stiften Utopien für ein besseres,
412 gemeinschaftliches Leben für Alle. In der Partei etablieren wir eine Kultur des
413 Willkommens und der revolutionären Freundlichkeit. Wir wollen ein Ort der Gemeinschaft
414 sein, wo Menschen sich wohlfühlen, Freund*innen finden und gemeinsame Utopien entwickeln.
415 Mit der Partei organisieren wir Nachbarschaftsarbeit, Straßenfeste und bringen Menschen
416 mit gemeinsamen Interessen zusammen und unterstützen sie bei der gemeinsamen
Organisierung

417 gegen Miethaie und dreiste Arbeitgeber*innen. Parlamentarisch wie auch
418 außerparlamentarisch fordern wir den Ausbau, Erhalt, die Verbesserung und die Rückholung
419 öffentlicher Strukturen, um die Vielen zu entlasten.

420 **Folgende konkrete Maßnahmen schlagen wir vor:**

421 Betriebliche Praxis aufbauen: Wir werden an bestehende Vernetzungsversuche von
422 Gesundheitsarbeiter*innen anknüpfen und ein Vernetzungs- und Ausbildungsformat für
423 betrieblich aktive Genoss*innen aufbauen.

424 Aufbau eines politischen Bildungsprogramms: Wir werden bestehende Bildungsformate und
425 Schulungsangebote in ein ganzheitliches Konzept überführen.

426 Organizing stärken: Wir werden die Organizing-Arbeit in der Partei ausbauen. Dafür
427 entwickeln wir eine Strategie, um Mitglieder zu gewinnen und unsere Mitglieder für die
428 politisch praktische Arbeit fit zu machen. In vier Jahren wollen wir eine Partei mit
429 150.000 Mitgliedern sein.

430 Kampagnen-Arbeit stärken: Wir werden die Kampagnenfähigkeit in der Partei ausbauen.
431 Hierfür stärken wir die Kampagnen- und Social-Media-Arbeit weiter und etablieren eine
432 Struktur für zentrales Rapid-Response-Campaigning. Darüber hinaus verzahnen wir alle
433 Kommunikationsbereiche der Partei besser miteinander (Social Media, Presse, Kampagnen).
434 Zudem prüfen wir unsere strategische Kommunikation durch das Testen von Erzählungen und
435 Botschaften. Und wir entwickeln ein Konzept zur Kampagnenfähigkeit unserer Abgeordneten.
436 Wir führen in den nächsten vier Jahren ein bis zwei Kampagnen bundesweit durch, die
437 messbare Erfolge erreichen.

438 Etablierung einer Kultur der Auswertung und des Lernens: Wir werden in Zukunft Maßnahmen
439 und Aktivitäten auswerten und der gesamten Partei zur Verfügung stellen. Wir lernen aus
440 Fehlern und Erfolgen und bauen darauf unsere Arbeit auf.

441 Inhaltliche und strukturelle Erneuerung: Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen
442 Programmprozess abzuschließen, um unser Programm an einigen Stellen im Heute zu verankern.
443 Und wir wollen unsere Glaubwürdigkeit stärken, indem wir Konzepte für Gehaltsbegrenzung
444 und Mandatszeitbegrenzung entwickeln.

445 Neue Parteikultur nach innen und außen: Wir schaffen eine Parteikultur des Willkommens und
446 der revolutionären Freundlichkeit. Wir wollen ein Ort der Gemeinschaft sein, wo sich
447 Menschen wohlfühlen, Freund*innen finden, die Zukunft neu denken. Und wo sie gemeinsam
448 Spaß haben.

449 Die Linke ist eine sozialistische Mitgliederpartei. Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam
450 für eine bessere Welt zu kämpfen und unsere Partei auf diesem Weg zu begleiten. Sozial,
451 solidarisch, ökologisch, emanzipatorisch, friedlich.

